

den Betrieben zur Senkung des Arbeitsaufwands (damit der Stückkosten) sind notwendige Schritte, denen wir uns nicht verschließen können, soweit es ökologisch vertretbar ist. Ebenso müssen die Vermarktungskonzepte den veränderten Rahmenbedingungen des wachsenden Marktes angepasst werden (Vollsortimente, Selbstbedienung, attraktives Ambiente, gute Lagen usw.).

Gerade wegen der sich auch im Biomarkt abzeichnenden Tendenzen zum „Wachsen oder Weichen“ und der Globalisierung der Märkte werden wir nur so das Vertrauen unserer KundInnen erhalten, ebenso wie die Zukunftsfähigkeit unserer Betriebe. Und nur so können wir Visionen vermitteln, mit denen wir ein Stachel im Fleisch einer immer perverseren Agrar- und Ernährungskultur dieser Gesellschaft bleiben.

Anmerkungen

BNN-Nachrichten, Heft 2/01

Eckpunktepapier, Aktionsbündnis Ökolandbau, September 2001

Manon Haccius, Alnatura-Qualitätssicherungsbeauftragte, 19.9.200, mündl. Mitteilung

Hessisch-Niedersächsische Allgemeine HNA, 17.9.2001

ZMP-Ökomarktforum 35/01

Agrarbericht der Bundesregierung 2000

Autor

Dietmar Groß bewirtschaftet einen Biolandbetrieb in Homberg-Mühlhausen

Kontakt:

Am Dorfbrunnen 1, 34576 Homberg-Mühlhausen

Telefon: 0 56 81/26 07

E-Mail: GROSS2607@aol.com

Die Agrarwende – Herausforderungen für den Ökologischen Landbau

von Thomas Dosch

Der Autor beschreibt aus seiner Sicht, wie eine Agrarwende für die Zukunft aussehen sollte. Unter anderem plädiert er für eine staatliche Förderpolitik, die es dem ökologischen Landbau ermöglicht, mittels Kostendegressionen, wie sie im konventionellen Landbau und in der Verarbeitungsindustrie vorherrschen, aus der bisherigen Nische hervorzutreten. Er erläutert ebenso die Anforderungen an eine veränderte Rolle der Anbauverbände in diesem Prozess.

„Der BSE-Skandal markiert das Ende der Landwirtschaftspolitik alten Typs.“ So lautet der erste Satz der Regierungserklärung der ersten Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft am 8. Februar 2001 im Deutschen Bundestag. (1) Als Ministerin kündigt Renate Künast eine Agrarwende an, deren Maßstab „Klasse statt Masse“ sein soll. Fortan werde nicht der Verbrauch, sondern die Verbraucherinnen und Verbraucher geschützt. In dieser Politik solle auch die Zukunft der Bauern liegen.

Mit einem Prinzip des „vorsorgenden Verbraucherschutzes“ soll wieder Vertrauen für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Akzeptanz für eine staatliche Unterstützung der Landwirtschaft geschaffen

werden. Es sollen zukünftig, so lauten die Ankündigungen, keine Überschüsse, sondern Qualität – keine Tierquälerei, sondern artgerechte Tierhaltung – kein Raubbau, sondern Schutz von Boden und Wasser unterstützt werden. Diese Aussagen sind mit dem konkreten Ziel verbunden, den Anteil des Ökologischen Landbaus an der gesamten Landwirtschaft in den kommenden zehn Jahren auf einen Anteil von zwanzig Prozent zu steigern.

Damit Ökologischer Landbau sich durchsetzen kann, muss er aktiv gefördert werden.

So wenig wie die Politik den Markt ersetzen kann, so wenig kann der Markt politische Entscheidungen

gen ersetzen. Diese Erkenntnis scheint sich in der Ankündigung einer Neuausrichtung der Agrarpolitik durchzusetzen. Warum Ökolandbau staatlich gefördert werden muss und dessen Entwicklung nicht 'dem Markt' überlassen bleiben kann, zeigen drei unterschiedliche Argumentationsstränge, die hier nur in Stichworten skizziert werden:

1. Der Ökologische Landbau erfüllt den Anspruch der besonderen Umweltverträglichkeit und hat günstigere externe Effekte im Hinblick auf tierschutzpolitische Ziele. Dies zeigen Vergleiche der Umweltwirkungen verschiedener Produktionssysteme. Vorteile liegen vor allem in der geringeren Belastung von Boden, Wasser und Luft mit potentiell gefährlichen Wirkstoffen. Mit der vielgestaltigen Fruchtfolge ist unter anderem eine höhere Biodiversität verbunden. (2,3) Bei der Tierhaltung entsprechen die Haltungsmethoden und -bedingungen weit mehr den Vorstellungen der Bevölkerung als die Verfahren des konventionellen Landbaus.
2. Eine Gesellschaft, die dem Ökologischen Landbau eine hinreichende Entfaltungs- und Entwicklungsmöglichkeit gibt, ist besser gegen die Risiken des technischen Fortschritts in der Landwirtschaft gewappnet. Vor dem Hintergrund der Risiken, die technische und wirtschaftliche Entwicklungen in der Landwirtschaft bergen (Gentechnik, Tiermehlfütterung/BSE, Kommerzialisierung von Saatgut etc.), ist es vernünftig, dass sich die Gesellschaft für das sensible Feld der Lebensmittelerzeugung darauf verständigt, die Produktion in einer Form durchführen zu lassen, die ihre Nachhaltigkeit über viele Jahrzehnte hinweg unter Beweis gestellt hat. Auch der Ökologische Landbau nutzt moderne Technik, er vermeidet aber so weit irgend möglich den Einsatz potentiell risikobehafteter Technologieelemente.
3. Nur durch staatliche Förderung kann der Ökologische Landbau ein Verbreitungsniveau erreichen, oberhalb dessen er sich aus eigener Kraft in einer Marktwirtschaft erfolgreich weiter entwickeln kann. Zur Zeit sind die Herstellungskosten im Öko-Sektor bis hin zur Ladentheke in erster Linie deshalb höher als im konventionellen Sektor, weil das Öko-Segment klein ist. Alle wirtschaftlichen Aktivitäten in diesem 'Minderheitenbereich' können wegen der geringen Zahl der Akteure und der kleinen Stückzahlen weniger gut in die Kostendegression geführt werden als im 'Mehrheitenbereich' des konven-

tionellen Landbaus. Das gilt beispielsweise für die Pflanzen- und Tierzucht, für das Beratungswesen, für die Forschung und auch für den Warentransport zwischen Landwirten und Verarbeitungsunternehmen. Aus Sicht des einzelnen Unternehmens ist es tendenziell eher rentabel, sich im 'Mehrheitenbereich' zu bewegen. Als Folge droht der Öko-Sektor in der Nische stecken zu bleiben. Würden hingegen viele konventionellen Landwirtschafts- und Verarbeitungsbetriebe auf den Ökologischen Landbau umstellen, so ergäben sich dort ähnliche Skaleneffekte wie derzeit im konventionellen Landbau. Damit dies geschehen kann, braucht es konkrete politische und finanzielle Unterstützung.

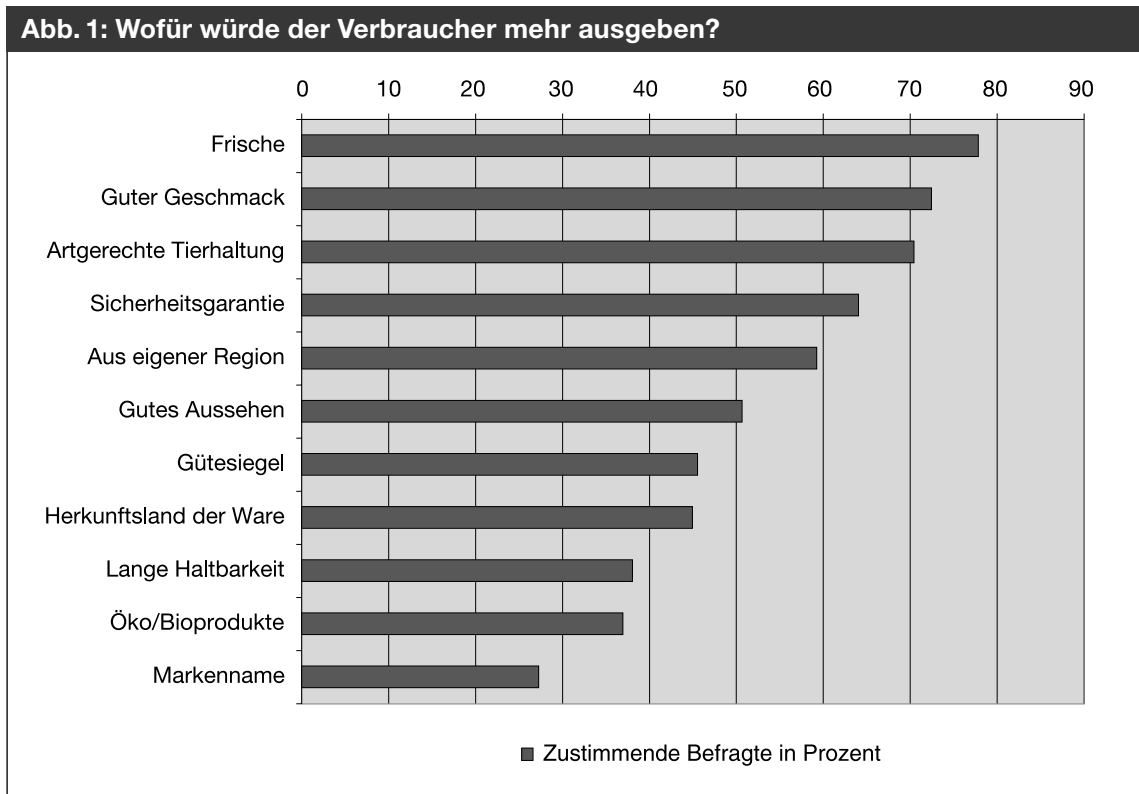
Erste politische Weichenstellungen in Richtung Ökologischer Landbau sind vorgenommen worden.

Dazu zählen die Erhöhung der Prämien für ökologisch bewirtschaftete Acker- und Grünlandflächen, die Förderung umwelt- und tiergerechter Haltungsverfahren, Änderungen in der Förderung zur Marktstrukturverbesserung und Änderungen im Agrarinvestitionsförderprogramm. Diese Maßnahmen sollen ab dem Jahr 2002 wirksam werden.

Bereits im September 2001 hat Bundesministerin Künast das in der Regierungserklärung angekündigte Bio-Siegel der Öffentlichkeit präsentiert. Dieses neu geschaffene staatliche Prüfsiegel bietet erstmals die Möglichkeit, alle in Deutschland gehandelten Bioprodukte einheitlich zu kennzeichnen. Damit können Konsumenten Bio- und Nicht-Bioprodukte in den Ladenregalen eindeutig unterscheiden und beim Einkauf bewusst wählen, für welche Erzeugnisse sie sich entscheiden. Um das Prüfsiegel bekannt zu machen, sind ca. 7,5 Mio. Euro für eine öffentlichkeitswirksame Kampagne vorgesehen, die Anfang 2002 beginnen soll.

Um Faktoren, die eine Ausweitung des Ökologischen Landbaus hemmen, zukünftig positiv gestalten zu können, hat das Bundesministerium ein „Bundesprogramm Ökologischer Landbau“ in Aussicht gestellt. Für die Durchführung von Projekten zur Beseitigung von Hemmnissen sollen für die Jahre 2002 und 2003 jeweils ca. 35 Mio. Euro im Bundeshaushalt vorgesehen werden.

Die Voraussetzung und Chancen für eine Ausweitung des Ökologischen Landbaus scheinen mit den politischen Vorgaben für eine Agrarwende so günstig wie niemals zuvor.



Quelle: GfK Grundlagen-Studie, Mai 2001: Thema BSE- auf Basis von 2114 Befragten.

Herausforderungen

Damit die politischen Weichenstellungen für Biobetriebe und für Unternehmen, die sich auf die Verarbeitung ökologischer Erzeugnisse eingerichtet haben bzw. einrichten wollen, nicht in eine Sackgasse führen, müssen sich alle zukünftigen Maßnahmen auf eine Stabilisierung und eine Verbesserung der Strukturen in der gesamten Wertschöpfungskette beziehen. In der Analyse der einzelnen Glieder dieser Kette werden die zukünftigen Herausforderungen deutlich, die gemeistert werden müssen, um den Ökologischen Landbau und alle damit verbundenen umwelt-, tierschutz- und arbeitspolitischen Zielvorstellungen zu stärken.

Auf der **Nachfrageseite** zeigen Verbraucherbefragungen (4), dass es eine wachsende Bereitschaft gibt, Bioprodukte zu kaufen und dafür auch einen höheren Preis zu akzeptieren. Eine Befragung der Gesellschaft für Konsumforschung zeigt, dass Verbraucher bereit sind, für Frische, guten Geschmack, artgerechte Tierhaltung, Sicherheitsgarantien, Waren aus eigener Region, gutes Aussehen, Gütesiegel, für ein bestimmtes Herkunftsland der Ware, lange Haltbarkeit, Bioprodukte und

für bestimmte Markennamen mehr auszugeben. Viele der gewünschten Eigenschaften bieten vor allem ökologisch erzeugte Lebensmittel.

Um vorhandene Käuferpotentiale zu erschließen, muss deutlich kommuniziert werden, welche Produktvorteile Bioprodukte bieten können – sowohl hinsichtlich der Produkt- als auch der Prozessqualität. Da es aber wenig wahrscheinlich ist, alle Menschen mit rationalen Argumenten überzeugen zu können, wird es in Zukunft darauf ankommen, kundenspezifische und verkaufsstättenspezifische Marketingkonzepte zu erstellen. Häufig wird angenommen, dass vor allem ein höherer Preis ausschlaggebend für eine Kaufzurückhaltung bei Bioprodukten sei. Fraglich wird diese These bei einem Vergleich der Preise innerhalb konventionell erzeugter Produktsortimente. Preisunterschiede von 'No-name-Waren' und Markenprodukten aber auch innerhalb konventioneller Markenware betragen zwischen fünfzig und zum Teil weit über einhundert Prozent. Unter diesen Voraussetzungen ist es zum einen erforderlich, mit einem staatlichen Bio-Prüfsiegel Bioprodukte eindeutig unterscheidbar von konventioneller Ware zu kennzeichnen. Zum anderen wird es bei einer zunehmenden Be-

deutung von Bioprodukten im Lebensmitteleinzelhandel auf eine konsequente und glaubwürdige Markenführung ankommen.

Bei der **Vermarktung** landwirtschaftlicher Erzeugnisse an Lebensmittelverarbeiter und Handelsunternehmen wird es darauf ankommen, auch größere Abnehmerstrukturen bedienen zu können als dies heute überwiegend der Fall ist. Dazu bedarf es leistungsfähiger und kapitalkräftiger Organisationen. Erzeugerzusammenschlüsse werden wachsen müssen, um mehr Ware in der notwendigen Qualität liefern zu können. Hierzu bedarf es nicht zuletzt auch ausreichender und geeigneter Lagerkapazitäten für pflanzliche Erzeugnisse, die heute vielfach noch nicht vorhanden sind.

Die **Beratung** für Verarbeitungs- und Erzeugerbetriebe muss weiter verbessert werden. Möglichkeiten zur Aus- und Weiterbildung von Beratungskräften spielen hier eine entscheidende Rolle. Im Bereich der landwirtschaftlichen Erzeugung betreut heute eine Fachkraft zwischen 100 und 150 Betriebe. Die Zahl der Expertinnen und Experten, die für die Beratung handwerklicher und industrieller Lebensmittelverarbeiter zur Verfügung stehen, lässt sich nur schwer beziffern. Sicher ist, dass auch im Verarbeitungsbereich Defizite bestehen. Für viele Lebensmittelverarbeiter ist es schwierig, Informationen über Marktdaten und zu Fragen der Herstellung von Bioprodukten zu erhalten. Dies macht insgesamt deutlich, wie wichtig es ist, hier in Ausbildungsmaßnahmen und eine Ausweitung der Beratungskapazitäten zu investieren.

Um **landwirtschaftliche Betriebe** für eine Umstellung auf Ökologischen Landbau zu interessieren, muss das Image des Ökolandbaus bei konventionellen Betriebsleitern weiter verbessert werden. Hierzu bedarf es einer gezielten Imagekampagne, die über einen modernen Ökolandbau informiert und bestehende Vorurteile korrigiert. Selbstverständlich müssen die Kapazitäten für eine gute produktionstechnische und betriebswirtschaftlich orientierte Beratung geschaffen werden. Ohne eine qualifizierte Umstellungsberatung und Umstellungsplanung wird der Schritt von einer konventionellen Produktionsweise zum Ökologischen Landbau für einzelne Betriebe zu einem schwer zu überblickenden Abenteuer.

Im Bereich der **Forschung** kommt es darauf an, Problemlösungen für Landwirtschaft und Verarbeitung bereit zu stellen. Weit mehr als bisher muss dabei auch der Transfer der Ergebnisse in die Praxis der landwirtschaftlichen Erzeugung und

Lebensmittelverarbeitung berücksichtigt werden. Hierzu müssen Praxisbetriebe in die Konzipierung von Forschungsvorhaben und deren Durchführung gezielt eingebunden werden.

Besondere Herausforderungen werden auf den Ökologischen Landbau aber auch im Bereich einer **Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit** zukommen. Mit dem zunehmenden Interesse am sowie einer größeren politischen und wirtschaftlichen Bedeutung des Ökologischen Landbaus erfolgt der Schritt aus der 'schützenden Nische'. Schon jetzt zeigt sich, dass nicht alle Wirtschaftskreise, politischen Parteien und Verbände mit der durch die oben genannten politischen Weichenstellungen eingeschlagenen Entwicklung einverstanden sind. Damit verbunden ist die Gefahr, dass der Ökologische Landbau zwischen die politischen Fronten gerät und für Auseinandersetzungen um Macht und Einfluss missbraucht wird. Wenn Kritiker der aktuellen Entwicklungen vermeintliche Schwachpunkte am Ökolandbau herauszuarbeiten versuchen, um damit politische Vertreter in Frage zu stellen die den Ökolandbau befürworten, muss sachlich und wirkungsvoll reagiert werden können. Ein Beispiel stellt heute die Auseinandersetzung um das neue staatliche Bio-Prüfsiegel dar. Interessengruppen und Vertreter politischer Parteien, die sich bisher wenig für den Ökologischen Landbau, noch weniger für ein ausgesprochen hohes Richtlinienniveau eingesetzt haben, versuchen heute das Bio-Prüfsiegel abzuwerten. Es wird argumentiert, es repräsentiere ja 'nur' das gesetzliche Mindestniveau des Ökolandbaus. Unabhängig von der Frage, welcher dieser Kritiker des neuen Siegels die gesetzlichen Mindeststandards tatsächlich im Detail beurteilen kann, wird hier Wesentliches vollkommen verschwiegen: Die gesetzlichen Mindeststandards beinhalten Detailregelungen, die weit über allen gesetzlichen Regelungen für einen konventionellen Landbau liegen. Verschwiegen wird auch, dass die heute kritisierten Schwachpunkte in den gesetzlichen Standards Punkte betreffen, die in die EU-Ökoverordnung eingebaut wurden, um regionale Gegebenheiten in den Ländern der Europäischen Union zu berücksichtigen. Auch die deutschen Ökoanbauverbände haben über ihre politischen Vertreter in Brüssel dafür gesorgt, dass ihre Belange sich in der Verordnung widerspiegeln. So hat Deutschland bei den Beratungen zum Beispiel dafür gesorgt, dass das Verbot der Anbindehaltung für Rinder erst mit einer langen Übergangsfrist in Kraft tritt. Wäre dies nicht gelungen, hätten am 24. August 2000 mit dem Inkraft-Treten der EU-Regelungen etwa 80 Prozent

aller rinderhaltenden Biobetriebe in Deutschland ihren Status als Biobetrieb verloren. Großbritannien und Schweden haben sich dagegen bei den Beratungen mit ihrer Forderung durchgesetzt, keine Gesamtbetriebsumstellung in der EU-Ökoverordnung verbindlich vorzuschreiben. Ihre Sorge war, dass dann flächenstarke Betriebe den Schritt in die Umstellung nicht wagen. So wurde die Möglichkeit einer Gesamtbetriebsumstellung offen gelassen. In Deutschland ist heute eine Teilbetriebsumstellung nach den Richtlinien der Ökoanbauverbände nicht gestattet. Aber es gibt mittlerweile eine größere Zahl von Unternehmen, die sich dafür entschieden haben, einen flächenstarken Betrieb 'juristisch' in zwei Betriebe aufzuteilen und dann nur einen Teil auf Ökolandbau umzustellen. Damit handelt es sich faktisch ebenfalls um eine Teilbetriebsumstellung. Die Liste der Beispiele könnte noch um viele Punkte ergänzt werden. Die Debatte um ein angeblich schwaches Bio-Prüfsiegel droht schnell zu einer neuen Verunsicherung der Verbraucherinnen und Verbraucher zu führen, wenn nicht mit sachlichen Informationen die tatsächlichen Gegebenheiten und die ebenfalls hohen Anforderungen eines gesetzlichen Standards dargestellt werden.

Zur Rolle der Ökoanbauverbände im Rahmen einer Agrarwende

Mit den ersten Ansätzen einer neuen Agrarpolitik hat sich auch das Aufgabenprofil der Ökoanbauverbände neu definiert. In der Vergangenheit war eine der Hauptaufgaben der Verbände, ihrer Mitglieder und Partner der Lebensmittelverarbeitung und des Naturkosthandels Ökologischen Landbau für die heutige Praxis 'zu erfinden'. Eine zentrale Rolle spielte dabei die Gestaltung von privatrechtlichen Richtlinien und gesetzlichen Mindestanforderungen. Zusammengeschlossen in der Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau hatten es sich die Verbände des Ökologischen Landbaus zur Aufgabe gemacht, einen privatrechtlichen Mindeststandard in Deutschland in Form von Rahmenrichtlinien zu schaffen und Einfluss auf die Entwicklung von europaweit gültigen Regelungen von gesetzlichen Mindeststandards für Biolandbau zu nehmen. Engagierte Fachleute und Bauern einzelner Verbände haben hierzu ihre Erfahrungen in Richtlinienkommissionen eingebracht und gemeinsame Positionen erarbeitet.

Die geleistete Arbeit spiegelt sich heute in den Richtlinien der Verbände und in der EG-Verordnung 2092/91 sowie der Ergänzungsverordnung zur Ökologischen Tierhaltung wider. Mit großen

Anstrengungen und großem Verhandlungsaufwand ist es gelungen, für Regelungen zu sorgen, die zum einen glaubwürdige Bestimmungen, zum anderen aber keine praxisfernen Anforderungen beinhalten, die von Biobetrieben in unseren Regionen nicht umgesetzt werden können. Die gemeinsame Arbeit der Verbände beschränkte sich auf Bundesebene im Wesentlichen auf die Interessenvertretung in Richtlinienfragen. Darüber hinaus wurden mit dem Engagement von Einzelpersonen Projekte aus der Taufe gehoben, die zu einem positiven Bild des Biolandbaus in der Öffentlichkeit beigetragen haben.

Mit der neuen Agrarpolitik ist es eine zentrale Aufgabe der Verbände, ihre Erfahrungen für eine Ausweitung des Ökologischen Landbaus in den politischen Gestaltungsprozess einzubringen. Sie repräsentieren die Ökolandbau-Praxis. Die o. g. Hemmnisse, die bisher eine Ausweitung des Ökolandbaus eingeschränkt haben, gilt es gegenüber politischen Entscheidungsträgern zu verdeutlichen und Unterstützung für neue Lösungsansätze einzufordern.

Damit die Erfahrungen der Verbände tatsächlich in die politischen Entscheidungsprozesse einfließen können, bedarf es starker, handlungsfähiger Verbandsstrukturen. Ein Zusammenschluss im Stil einer alten AGÖL wird hier wenig helfen, weil in der Form der hier gepflegten Zusammenarbeit wesentliche Grundkonflikte, die vor allem in der Konkurrenz um Betriebe und Marktanteile bestehen, nicht ausgeschlossen werden. Nicht zuletzt auf Grund der unterschiedlichen Größenstrukturen der bisher agierenden Verbände ergeben sich sehr unterschiedliche Möglichkeiten, sich mit einer breiten Interessenvertretung und allgemeinen Fachfragen wie zum Beispiel zu Pflanzenschutz, Gentechnologie und gesetzlichen Standards zu befassen. Große Verbände bearbeiten diese Fragen mit qualifiziertem Fachpersonal, das in kleinen Verbänden nicht zur Verfügung steht. Folge davon ist, dass diese Arbeit zu unterschiedlichen Niveaus der Mitgliederbeiträge in den Verbänden führt. So profitieren Verbände, die heute auf Grund ihrer Strukturen wenig inhaltliche Arbeit leisten können, durch Mitgliederzuwächse wegen niedriger Beitragssätze. Um auf diese Entwicklung reagieren zu können, senken auch große Anbauverbände ihre Mitgliedsbeiträge. Dies droht wiederum zu einer Einschränkung deren Leistungsfähigkeit zu führen – auf Kosten des gesamten Ökologischen Landbaus.

Die Zukunft wird zeigen, ob und inwieweit die Verbände neue Kooperationsformen finden. Kooperationsformen, die einen Wettbewerb am Markt und um neue Mitglieder weitgehend der Vergangenheit angehören lassen – zu Gunsten einer stärkeren Interessenvertretung gegenüber einer ‘konventionellen Agrarlobby’ und einer größeren ‘Dienstleistungsfähigkeit’ für Bio- und Vermarktungs- und Verarbeitungsbetriebe.

Die Voraussetzungen für eine Neuausrichtung der Agrarpolitik waren nie so gut wie heute. Es ist zu erwarten, dass der jetzt eingeschlagene Weg im wahrsten Sinne des Wortes für eine lange Zeit ‘einmalig’ sein wird. Hier wird die besondere Verantwortung all jener deutlich, die sich für einen Ökologischen Landbau einsetzen.

Literatur

1 Künast, R. (2001): Regierungserklärung zur neuen Verbraucherschutz- und Landwirtschaftspolitik

2 Haas, G. und Köpke, U. (1994): Vergleich der Klimarelevanz Ökologischer und Konventioneller Landbewirtschaftung; In: Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre“

3 Stolze, M. et al. (2000): The environmental Impacts of Organic Farming in Europe. Organic Farming in Europe: Economics and Policy, Vol. 6, Stuttgart-Hohenheim

4 ZMP Hrsg. (2001): Einstellungen und Käuferprofile bei Bio-Lebensmitteln

Autor

Thomas Dosch, Agraringenieur, arbeitet hauptamtlich für Bioland und ist Mitglied im Bundesvorstand des Bioland-Verbandes.

Kontakt:

Bioland-Bundesverband, Kaiserstr. 18, D-55116 Mainz

Tel. 0 61 31/2 39 79 -13

E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@bioland.de



Ernährung mit Bioprodukten und umweltfreundliches Handeln

Der Geist ist willig, alleine das Fleisch ist schwach ...

Von Martina Schäfer

Bei einer Befragung von 700 Biokäufern in Berlin wurden u. a. qualitative und quantitative Daten dazu erhoben, aus welchen Motiven die Kunden sich zum ersten Mal für Bioprodukte entschieden haben und ob der Verzehr von ökologisch produzierten Lebensmitteln in ein umfassenderes Muster umweltfreundlicher Verhaltensweisen eingebettet ist.

Im Hinblick auf die Motivationen, Ökoprodukte zu verzehren, können zusammenfassend folgende Schlüsse gezogen werden:

- Als Eingangsmotive werden von den Kunden häufig personenbezogene Gründe wie die Sorge um die eigene Gesundheit (oder die der Kinder) und die Qualität der Produkte genannt. Meistens gibt es jedoch nicht das eine vorherrschende Motiv für die Umstellung auf Bioprodukte, sondern es werden mehrere Gründe aufgeführt, so dass von Motivallianzen gesprochen werden kann.
- Bei der Intensivierung des Biokonsums spielen für viele KonsumentInnen zunehmend